



Aktivist Rinnert (2. v. r.), Mitbewohner

MATTHIAS HERMSTEIN

ENERGIE

„Grüne Helden“

Vier junge Aussteiger wollten in der Lausitz ein neues Leben beginnen. Doch mit ihrem Widerstand gegen den Braunkohlentagebau haben sie sich gleich unbeliebt gemacht.

Um ein Uhr nachts hört Adrian Rinnert den Knall. Er springt vom Computer auf, rennt aus dem Haus, die kleine Auffahrt zur Straße hinauf. Es riecht nach verbranntem Schwarzpulver, auf dem Boden liegen die verkohlten Splitter des Briefkastens. Selbst den Pfosten, an dem der Kasten aufgehängt war, hat es zerlegt.

Es war der dritte Anschlag auf Rinnerts Briefkasten innerhalb weniger Wochen. Er und seine Mitbewohner glauben, dass die Serie mit ihrem Widerstand gegen die Braunkohle zu tun hat. Rinnert ist Sprecher einer Bürgerinitiative, die in der Lausitz gegen die Erweiterung des Tagebaus Nochten kämpft. In derselben Nacht wurde in der Nähe ein großes Protestplakat der Bürgerinitiative zerstört – ebenfalls zum dritten Mal. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen. „Bei uns geht die Angst um“, sagt Rinnert.

Der Vattenfall-Konzern will in Brandenburg und Sachsen an mehreren Stellen seine Tagebaue erweitern und dafür Tausende Menschen umsiedeln. Die Stromproduktion aus Braunkohle stieg

im vergangenen Jahr auf den höchsten Stand seit 1990. In den Dörfern wehren sich Bürgerinitiativen gegen die Zerstörung ihrer Heimat. Doch die Aktivisten haben es auch mit Menschen zu tun, die für die Tagebaue kämpfen. Die Braunkohle-Industrie ist noch immer der größte Arbeitgeber in der Region. Für viele Anwohner gehören Kohlenbagger und rauchende Kraftwerke unverzichtbar zur Lausitz – dementsprechend empfindlich reagieren sie auf jeden, der diese Tradition in Frage stellt.

Das tun Leute wie Adrian Rinnert. Der 28-Jährige zog vor drei Jahren aufs Land, ins Grenzgebiet von Brandenburg und Sachsen. Zufällig sei er bei einem Ausflug auf die alte Holzwoollspinnerei in der Nähe des Örtchens Neustadt gestoßen, sagt Rinnert. Zusammen mit seinen Freunden Friederike, Ursula und Matthias kaufte der Studienabbrecher das überwucherte Grundstück für 12 500 Euro. Die beiden Paare wollten aussteigen, der Hektik der Großstadt entfliehen. Nach und nach bauen sie die alte Fabrik zu einem Bauernhof um. Auch einen Namen haben

sie ihrem alternativen Lebensprojekt gegeben: „Eine Spinnerei“.

Das Grundstück liegt an einer Landstraße, versteckt hinter einer Baumreihe. Die „Spinner“, wie sie sich selbst nennen, renovierten zuerst das Wohnhaus. Das Dach deckten sie dafür mit alten Ziegeln. Die Böden sind aus Lehm. Kohl, Rüben und Lauch stammen aus dem Garten vor dem Haus. Als Toilette dient ein Plumpsklo, das wiederum den Dung für den Garten liefert. „Wir wollen nachhaltig leben“, sagt Rinnert.

Im Ort wurden die Spinner als Exoten betrachtet. Doch die jungen Zugezogenen machten sich schnell beliebt, weil sie Klavierunterricht gegen alte Nägel und Werkzeuge tauschen, ihr Auto mit den Nachbarn teilen und Kindergeburtstage veranstalten. Die stellvertretende Bürgermeisterin der Gemeinde besuchte einen Tanzkurs auf dem Hof.

Dann begann die Gruppe, gegen die Braunkohle zu kämpfen. Der neue Tagebau Nochten II soll sich bis auf zwei Kilometer ihrem Hof nähern. Schon jetzt ist der Bach Struga, der an ihrem Haus vorbeifließt, mit Eisen und Sulfaten verseucht; Fische können darin nicht mehr leben.

Die Spinner wollten mehr über die Pläne Vattenfalls erfahren. Doch bei Anhörungen der sächsischen Genehmigungsbehörden wichen die Beamten ihren Fragen aus. Schriftliche Einwendungen blieben ergebnislos. „Für mich ist das hier alles eine andere Welt“, sagt Rinnert, der in Berlin-Neukölln groß geworden ist. „Es ging gar nicht mehr um die Frage, ob der

Tagebau kommt, sondern nur noch um das Wie.“

Das wollten die Spinner nicht auf sich beruhen lassen. Sie gründeten zusammen mit anderen Aktivisten die Bürgerinitiative „Strukturwandel jetzt“, malten bunte Schilder („Lasst unsere Dörfer leben“) und organisierten einen Ostermarsch mit mehr als 300 Teilnehmern. Bei einer Sitzung des Planungsverbands beschwerten sie sich lauthals über das intransparente Genehmigungsverfahren.

Das Aufbegehren sah man in der Lokalpolitik wohl nicht so gern. Als Mitbewohnerin Ursula im Mai auf dem Gemeindeamt Spreetal das Begrüßungsgeld für ihr Baby abholte, bekam sie von Bürgermeister Manfred Heine deutliche Ratschläge zu hören: Die Gruppe solle sich mal nicht so weit aus dem Fenster lehnen, habe der Bürgermeister zu ihr gesagt. Manfred Heine erinnert sich anders. Er habe nur allgemeine Empfehlungen geben wollen. „Ich war auch mal jung und ein bisschen verrückt. Aber spätestens wenn man Kinder hat, muss man auch den Verstand aktivieren.“

Im Sommer eskalierte die Situation. Wenige Tage vor dem nächsten Kinderfest in der Spinnerei kamen Prüfer des Landratsamts vorbei und untersagten kurz danach Veranstaltungen auf dem Gelände. „Gefahr für Leben und Gesundheit“ wegen Sicherheitsmängeln, heißt es in dem Beschluss. Auch beim Wohnrecht stellten sich die Behörden jetzt quer. Angeblich hatten die Kommunisten beim Einzug nicht alle Genehmigungen eingeholt. Seitdem wird die Spinnerei nur noch geduldet, ein Verfahren zieht sich hin.

Rinnert vermutet politische Gründe hinter dem neuen Auftreten der Behörden. „Es ist doch auffällig, dass wir erst behelligt wurden, seit wir uns gegen die Erweiterung des Tagebaus engagieren“,



sagt er. „Mich erinnert das alles an russische Verhältnisse.“

Bürgermeister Heine weist solche Vorwürfe zurück – er hat seine eigene Theorie entwickelt, warum die Aussteiger in die Lausitz gekommen sind. „Kurz nach dem Einzug begann der Protest. Der Gedanke liegt nahe, dass Umweltverbände die Gruppe hier platziert haben, um die Braunkohle in Frage zu stellen.“

Nicht nur im Gemeindeamt beobachtet man die Spinner mit Argwohn. „Hallo ihr grünen Helden“, schrieb ein Mann aus der Nachbargemeinde im März auf der Website der Aussteiger. „Wenn ich mir Eure Seite anschau, kommt mir nur das Kotzen.“ Ob sich die Gruppe schon mal gefragt habe, wo denn die Leute arbeiten sollten, falls keine Braunkohle mehr abgebaut würde. Die E-Mail endet mit den Worten: „Werdet endlich wach oder verpisst Euch. Unser Land braucht Euch nicht.“

Es geschehen merkwürdige Dinge in der Lausitz, seit sich Bürger gegen die

neuen Tagebaue wehren. Bei einem Aktivist lag ein zuvor gesundes Schaf tot auf der Koppel. Kurz danach verendete ein Alpaka, schließlich ein Hund. Wer sich offen gegen die Braunkohle stellt, wird im Ort nicht mehr begrüßt und auf der Arbeitsstelle gemieden.

Der Umweltschützer René Schuster von der Grünen Liga in der Lausitz kennt diese Anfeindungen. Sollte Vattenfall sein Geschäft in der Lausitz einstellen, warnte ein Unbekannter im Internet, „gibt's kräftige Schläge“. Bergleute und Kraftwerker ließen sich ihre Berufsehre nicht „von irgendwelchen Hanswürsten wegnehmen“. Die Bevölkerung sei polarisiert, sagt Schuster. „Bei vielen Braunkohle-Fans herrscht die Devise vor: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“

An einem Dezembertag sitzen Adrian Rinnert und die anderen Spinner in der Stube ihres Wohnhauses. Draußen pfeift ein kräftiger Wind ums Haus, die Spinner haben ein paar Scheite Holz in den Ofen geworfen.

Seit den Explosionen ertappen sich die Bewohner dabei, dass sie zusammenzucken, wenn sie auf dem Hof ein seltsames Geräusch hören. Einschüchtern lassen wollen sie sich aber nicht. „Es kann doch nicht sein, dass sich Menschen nicht mehr trauen, ihr demokratisches Recht wahrzunehmen“, sagt Friederike. Rinnert gibt sich kämpferisch. Von Freunden hätten sie viele alte Briefkästen geschenkt bekommen. „Diese Leute können die Briefkästen gar nicht so schnell wegsprengen, wie ich sie wieder dranschraube“, sagt er.

Auch Bürgermeister Heine hat sich erneut zu Wort gemeldet. Im Lokalfernsehen sagte er über die explodierten Briefkästen, die Auseinandersetzungen um die Braunkohle würden sicherlich manchmal „temperamentvoll“ geführt – aber im Grundsatz „fair“.

SVEN BECKER